

3/SN-99/ME 1 von 3



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Verkehr

Pr.Zl. 5695/4-1-84

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses Schreibens anführen.

A-1010 Wien, Elisabethstraße 9
Telex Nr.: 111800

Sachbearb.: Dr. Kuntner
Telefon: 57 56 41 Kl. 97

Bundesgesetz, mit dem Bundesstraßen-
gesetz 1971 geändert wird (Bundesstraßen-
gesetznovelle 1984);
Begutachtungsverfahren

Betriff GESETZENTWURF	
Zl. 58	-GE/19.84
Datum: 27. NOV. 1984	
Verteilt 1984 -11- 27 <i>Stasser</i>	

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

Stasser

Das Bundesministerium für Verkehr beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum angeführten Gesetzentwurf zu übersenden.

Wien, am 22. November 1984

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Friedl



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium für Verkehr

Pr.Zl. 5696/4-1-84

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses
Schreibens anführen.

A-1010 Wien, Elisabethstraße 9

Telex Nr.: 111800

Sachbearb.: Dr. Kuntner

Telefon: 57 56 41^{Kl.} 97

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-
straßengesetz 1971 geändert wird
(Bundesstraßengesetznovelle 1984);
Begutachtungsverfahren.

Bezug: GZ 890.112/14-III/11-84

An das
Bundesministerium für
Bauten und Technik
1010 W i e n

Zum gegenständlichen Gesetzesentwurf beehrt sich das Bundes-
ministerium für Verkehr, wie folgt Stellung zu nehmen:
Gegen die geplanten Kürzungen von minder bedeutenden Stecken der
Bundesautobahnen und Bundesschnellstraßen besteht kein Einwand. Es
muß jedoch auf die Problematik von provisorischen Endstellen im
Autobahn- und Schnellstraßennetz (wie z.B. den Knoten Kaisermühlen)
hingewiesen und eine bauliche Veränderung dieser nur als Übergangs-
lösung geplanten Straßenstrecken angeregt werden, wenn in diesen
Bereichen der Autobahnbau nicht weitergeführt wird.

Zu der vorgeschlagenen Kürzung der Südostautobahn A 3 und der
geplanten Anbindung an die Südbahn A 2 im Bereich von
Traiskirchen wird auf die zu erwartenden Stauungen auf der A 2
(insbesondere im Wochenendverkehr) aufmerksam gemacht. Aus Gründen
der Verkehrssicherheit kann überdies nicht befürwortet werden, daß
Autobahnabschnitte nur im Halbausbau fertiggestellt werden und ohne
Mittelstreifen im Gegenverkehr befahren werden müssen. Da die
jüngsten Unfallstatistiken sowohl eine Zunahme der Verkehrsunfälle,
als auch eine Zunahme der Verletzten und der Verkehrstoten
ausweisen, sollte der Vollausbau der Bundesautobahnen unbedingt
gewährleistet sein.

- 2 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidenten des Nationalrats zugeleitet.

Wien, am 22. Novebmer 1984

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Kriegl